



Geschäftsstelle des Kommunalen Rates
bei dem
Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Tel.: 06131/163493
Fax: 06131/16173493

24. Juni 2025

Niederschrift
über die Ergebnisse der
2. Sitzung des Kommunalen Rates
in der 7. Sitzungsperiode
am 16. Juni 2025
im Karl Peter Bruch-Besprechungsraum (Nr. 2.040)
des Ministeriums des Innern und für Sport,
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz,
in hybrider Form

Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr
Sitzungsende: 14.45 Uhr
Vorsitz: Staatssekretärin Simone Schneider
Teilnehmende: Siehe die beigefügte Liste der Teilnehmenden

Tagesordnung	
Tagesordnungspunkte	Drucksachenummer
1. Begrüßung	
2. Niederschrift über die 1. Sitzung der 7. Sitzungsperiode vom 7. April 2024	



3. Zuwendungen für den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz – Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport	KR 7/20
4. Verschiedenes	

Frau StS'in Schneider eröffnet um 14.00 Uhr die Sitzung des Kommunalen Rates, die erstmals in hybrider Form stattfindet. Hierbei haben die Mitglieder des Kommunalen Rates sowie Mitarbeitende der Kommunalen Spitzenverbände und Ressortvertreterinnen und Ressortvertreter erstmals die Möglichkeit, sich per Videokonferenz zuzuschalten.

Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit und zur Sicherstellung der gegenseitigen optischen und akustischen Wahrnehmbarkeit ruft Frau StS'in Schneider die Zugeschalteten einzeln auf. Frau StS'in Schneider begrüßt hierbei auch Herrn StS Stich, der zu TOP 3 zugeschaltet ist.

Vor Ort sind keine Mitglieder des Kommunalen Rates anwesend.

Frau StS'in Schneider teilt mit, dass sich folgende Mitglieder des Kommunalen Rates für die Sitzung entschuldigt haben:

- Frau Landrätin Dr. Ganster,
- Frau Landrätin Giesecking,
- Frau Bürgermeisterin Horsch,
- Herr Landrat Kowalski und sein Vertreter, Herr Erster Kreisbeigeordneter Mons,
- Herr Oberbürgermeister Langner,
- Herr Oberbürgermeister Meid,
- Herr Oberbürgermeister Weigel und
- Herr Oberbürgermeister Zwick.

Nachdem sich auf Nachfrage zwischenzeitlich keine weiteren Mitglieder des Kommunalen Rates zugeschaltet haben, stellt Frau StS'in Schneider fest, dass der Kommunale Rat mit 16 zugeschalteten stimmberechtigten Mitgliedern nicht beschlussfähig ist.

Frau StS'in Schneider freut sich darüber, dass die Möglichkeit der Hybridsitzung offenbar gut angenommen werde und weist gleichzeitig darauf hin, dass diese Mög-



lichkeit auch eingeführt worden sei, um den Aufwand für eine Teilnahme an den Sitzungen zu senken und hierdurch die Anwesenheit zu steigern. Frau StS'in Schneider bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass für die nächste Sitzung des Kommunalen Rates Beschlussfähigkeit hergestellt werden kann.

Nachfolgend wird festgestellt, dass mit Schreiben vom 30. Mai 2025 ordnungsgemäß und fristgerecht zu dieser Sitzung des Kommunalen Rates eingeladen wurde und dass die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung im Staatsanzeiger erfolgt ist.

Zum Schriftführer wird Herr Hahn bestellt.



Tagesordnungspunkt 1

"Begrüßung"

Frau StS'in Schneider begrüßt offiziell alle Teilnehmenden der Sitzung.



Tagesordnungspunkt 2

Niederschrift über die 1. Sitzung der 7. Sitzungsperiode vom 7. April 2025

Auf Nachfrage durch Frau StS'in Schneider werden seitens der Mitglieder des Kommunalen Rates keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben.



Tagesordnungspunkt 3

„Zuwendungen für den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz – Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport“

Drucksache KR 7/20

Frau StS'in Schneider begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt aus der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums des Innern für Sport Herrn Marko Andelic sowie Herrn StS Stich, an den sie das Wort übergibt.

Herr StS Stich erläutert die Neufassung der Förderrichtlinie und den Systemwechsel hin zu einer pauschalen Förderung im Bereich des Brandschutzes und der allgemeinen Hilfe sowie im Bereich des Katastrophenschutzes. Hierbei weist Herr StS Stich darauf hin, dass man mit dem grundlegenden Systemwechsel gerne einem entsprechenden Wunsch der Kommunen Rechnung getragen habe. Gleiches gelte für die Möglichkeit der Ansparung der pauschalen Zuwendung über einen Zeitraum von zehn Jahren. Eine „Hundertprozentförderung“ sei nicht vorgesehen.

Herr StS Stich erläutert weitergehend, dass alles, was auf Basis der Bedarfs- und Entwicklungspläne beschafft werde, grundsätzlich förderfähig sei. Der angebotene Service umfasse auch eine Unterstützung bei der Erarbeitung der Bedarfs- und Entwicklungspläne.

Die Neufassung der Förderrichtlinie leiste auch einen Beitrag zum Bürokratieabbau, da durch den Systemwechsel das Antragserfordernis sowie weitere Prüfschritte vollständig entfallen würden. Hierdurch werde Verwaltungsaufwand reduziert.

Herr Andelic ergänzt zur Systematik der Neufassung der Förderrichtlinie, dass drei Förderwege vorgesehen seien:

1. Pauschale Zuwendungen im Bereich des Brandschutzes und der allgemeinen Hilfe,
2. Pauschale Zuwendungen im Bereich des Katastrophenschutzes für die Kreise und kreisfreien Städte als kommunale Aufgabenträger im Katastrophenschutz und
3. ein weiterhin antragsbezogenes Verfahren zur Förderung der Neuerrichtung von ständig besetzten Feuerwachen und integrierten Leitstellen.

Hr. Spiegler weist darauf hin, dass die Forderung der kommunalen Seite nach einer Vereinfachung von Förderung grundsätzlich erfüllt sei und dass man seitens der



Kommunen grundsätzlich einverstanden sei mit der Neufassung der Förderrichtlinie. Für den Bereich des GStB bedeute sie keinesfalls eine Schlechterstellung. Daher solle die Neufassung der Förderrichtlinie zur Kenntnis genommen werden. Gleichwohl sei auf verschiedene Dinge hinzuweisen:

Die Feuerschutzsteuer sei in größerem Umfang erhöht worden, als die Förderung der Kommunen. Wünschenswert wäre eine umfassendere Weitergabe an die Kommunen, denn die Förderung sei nach wie vor nicht ausreichend, auch wenn klar sei, dass sie nicht als „Hunderprozentförderung“ ausgestaltet sei.

Die pauschale Förderung im Bereich des Katastrophenschutzes iHv 120.000 € pro Aufgabenträger sei keine Schlechterstellung. Allerdings seien die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Aufgabenträger sehr heterogen. Auch wenn derzeit noch keine Differenzierungskriterien benannt werden könnten, solle über eine entsprechende Berücksichtigung beraten werden. Auch bei der pauschalen Zuweisung im Bereich der Förderung des Feuerwehrwesens sei es zu einer guten Differenzierung gekommen, denn hier sei neben der Einwohnerzahl auch die Fläche berücksichtigt worden.

Für den Bereich der ständig besetzten Feuerwachen und integrierten Leitstellen werde die Regelung der Ziffer 4.7.2 abgelehnt, wonach sich die Zuwendung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Aufgabenträgers richte. Es handele sich um eine Aufgabe, die der Sicherheit und dem Schutz aller diene, weswegen eine Zuwendung auch aus Gründen der Gleichbehandlung nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit abhängig gemacht werden könne.

Darüber hinaus bringt Herr Spiegler das Bedauern zum Ausdruck, dass die Kommunen nicht von Beginn an in das Verfahren eingebunden worden seien und bittet für die Zukunft bei Änderungen um eine frühzeitigere Beteiligung. Schließlich solle eine Evaluation der Förderrichtlinie für das Jahr 2028 vorgesehen werden.

Herr StS Stich stimmt zu, dass die Feuerschutzsteuer erhöht worden sei und weist darauf hin, dass diese auch der Deckung der Landesbedarfe diene.

In Bezug auf die Auskömmlichkeit der Förderung weist Herr StS Stich darauf hin, dass die Neufassung der Förderrichtlinie ein erster Schritt sei.

Für eine Evaluation und eine Verbesserung des Verfahrens bestehe eine grundsätzliche Offenheit.

Herr Antweiler schließt sich den Ausführungen von Herrn Spiegler an und betont, dass der Bürokratieabbau begrüßt werde. Ergänzend gibt er eine Rückmeldung zu



der beabsichtigten Neufassung der Förderrichtlinie aus Sicht einer großflächigen Kommune. Vor Ort werde die Unterstützung nicht als „echte Förderung“ gesehen, da die hohen Standards der Aufgaben damit kaum zu erfüllen seien. Zur Verdeutlichung stellt er die Kosten für die Anschaffung einer Drehleiter iHv ca. 1.000.000 € im Vergleich zu der für seine Kommune vorgesehene pauschalen Zuweisung iHv 70.000 € dar. Daher müsse hier – ggf. im Rahmen einer Evaluierung – nachjustiert werden.

Hierauf Bezug nehmend weist Herr StS Stich nochmals auf seine bisherigen Ausführungen hin. Da eine „Hundertprozentförderung“ nicht beabsichtigt sei, sei klar, dass der Löwenanteil bei den Kommunen verbleibe. Man müsse sich die Dinge gemeinsam perspektivisch ansehen.

Abschließend bietet Herr StS Stich im Bedarfsfall eine Erläuterung des Zustandekommens der individuellen Pauschalbeträge an.

Ergebnis:

Nachdem auf Nachfrage keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, weist Frau StS'in Schneider darauf hin, dass mangels Beschlussfähigkeit kein Beschluss gefasst werden könne. Die Anregungen und Hinweise würden seitens des Ministeriums des Innern und für Sport aufgenommen.



TOP 4 Verschiedenes

Auf Nachfrage durch Frau StS'in Schneider besteht seitens der Mitglieder des Kommunalen Rates unter diesem Tagesordnungspunkt kein Gesprächsbedarf.

Frau StS'in Schneider bedankt sich für die Teilnahme und weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Kommunalen Rates für Montag, den 25. August 2025, um 14.00 Uhr, – wieder in hybrider Form – vorgesehen sei.

Die Sitzung wird um 14.45 Uhr geschlossen.

Simone Schneider
Staatssekretärin
(Sitzungsleitung)

Tobias Hahn
(Schriftführung)

Anlage

Liste der Teilnehmenden



**Geschäftsstelle des Kommunalen Rates
bei dem
Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz**

**Kommunaler Rat
2. Sitzung der 7. Sitzungsperiode
am 16. Juni 2025
in Mainz
in hybrider Form**

Liste der Teilnehmenden

Mitglieder

Name	Teilnahme
Antweiler, Steffen	Teilnahme per Videokonferenz
Bauernschmitt, Natalie	Teilnahme per Videokonferenz
Bechtel, Torsten	Teilnahme per Videokonferenz
Beck, Günter	Entschuldigt
von Bohr, Claudia	Teilnahme per Videokonferenz
Breyer, Eveline	
Cullmann, Michael	Entschuldigt
Erbes, Heribert	Teilnahme per Videokonferenz
Dr. Ganster, Susanne	Entschuldigt
Giesecking, Julia	Entschuldigt
Güllering, Jens	Teilnahme per Videokonferenz



Horsch, Christiane	Entschuldigt
Klein, Jürgen	Teilnahme per Videokonferenz
Kohl, Oliver	Teilnahme per Videokonferenz
Kowalski, Mirosław	Entschuldigt
Langner, David	Entschuldigt
Meid, Dirk	Entschuldigt
Metzdorf, Stefan	Teilnahme per Videokonferenz
Przybylla, Thomas	Teilnahme per Videokonferenz
Rinnen, Rudolf	Teilnahme per Videokonferenz
Schillo, Margot	Teilnahme per Videokonferenz
Schwickert, Achim	
Seiler, Stefanie	Teilnahme per Videokonferenz
Spiegler, Ralph	Teilnahme per Videokonferenz
Volk, Ilona	Teilnahme per Videokonferenz
Weigel, Marc	Entschuldigt
Zwick, Markus	Entschuldigt

Stellvertretende Mitglieder

Name	Teilnahme
Ableiter, Claus	



Boos, Marko	
Comes, Edgar	
Garbes, Elvira	
Hallerbach, Achim	
Hebel, Rouven	
Heintel, Marcus	Teilnahme per Videokonferenz
Herr, Kathleen	
Ingendahl, Björn	Teilnahme per Videokonferenz (<i>Hinweis: Originäres Mitglied Fr. Volk hat ebenfalls teilgenommen</i>)
Jacob, Rudolf	
Kessel, Adolf	
Konrad, Carina	
Lebkücher, Thomas	
Littig, Michael	
Mons, Hans-Joachim	Entschuldigt
Rasbach, Philipp	
Schaile, Marcus	
Dr. Scheurer, Robert	Teilnahme per Videokonferenz (<i>Hinweis: Originäres Mitglied Hr. Güllering hat ebenfalls teilgenommen</i>)
Prof. Dr. Wosnitza, Marold	Entschuldigt

**Weitere Teilnehmende***(Vertreterinnen und Vertreter der Ressorts, der Kommunalen Spitzenverbände, etc.)*

Name	Teilnahme
Staatssekretärin Simone Schneider	Teilnahme in Präsenz
Staatssekretär Daniel Stich	Teilnahme per Videokonferenz
Gunter Fischer (Mdl)	Teilnahme in Präsenz
Tobias Hahn (Mdl)	Teilnahme in Präsenz
Lukas Krengel (Mdl)	Teilnahme in Präsenz
Anja Viellieber (Mdl)	Teilnahme in Präsenz
Germo Sesterhenn (Mdl)	Teilnahme in Präsenz
Marko Andelic (Mdl)	Teilnahme in Präsenz
Michael Eichbauer (FM)	Teilnahme per Videokonferenz
Tim Ebling (GStB)	Teilnahme in Präsenz
Annette Strobel (GStB)	Teilnahme in Präsenz
Agneta Psczolla (GStB)	Teilnahme in Präsenz
Malte Feldmann (Landkreistag)	Teilnahme per Videokonferenz